



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Banken von Staaten entkoppeln

Trentin, Alexander ; Hoffmann, Mathias

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-71173>

Newspaper Article

Originally published at:

Trentin, Alexander; Hoffmann, Mathias. Banken von Staaten entkoppeln. In: Finanz und Wirtschaft, 55, 11 July 2012, 21.

«Banken von Staaten entkoppeln»

MATHIAS HOFFMANN Der Ökonomieprofessor an der Universität Zürich widersetzt sich dem Aufruf gegen eine Bankenunion

Schon über 190 Ökonomen haben einen Aufruf gegen eine europäische Bankenunion unterzeichnet, organisiert vom Dortmunder Professor Walter Krämer und Hans-Werner Sinn, Chef des Ifo-Instituts. Der Appell warnt vor der Vergemeinschaftung der Bankschulden und unabsehbaren Kosten für den deutschen Steuerzahler (vgl. Seite 2).

Mathias Hoffmann, Professor an der Universität Zürich, stellt sich dagegen. Er gehört zu den Erstunterzeichnern einer öffentlichen Gegendarstellung. Über hundert Wirtschaftswissenschaftler unterstützen darin die Sicht, dass die Bankenunion eine Chance bietet, die Verknüpfung von Bankbilanzen und Staatshaushalten in der Eurozone aufzubrechen.

Herr Hoffmann, wie kam es zu Ihrem Gegenaufruf?

Für viele Unterzeichner unseres Aufrufs war das Dokument von Walter Krämer und Hans-Werner Sinn zu wenig konstruktiv. Es ist unsachlich und verstärkt Vorurteile. Die Bankenunion ist ein heikles Thema, aber es geht nicht um die Sozialisierung von Schulden. Eine Gruppe um den Berliner Professor Frank Heinemann wollte mit einem konstruktiven Vorschlag dem Eindruck entgegenwirken, der Aufruf von Herrn Sinn werde von der gesamten deutschen Ökonomenzunft unterstützt.

Der Aufruf von Herrn Sinn ist unsachlich, zu wenig konstruktiv und verstärkt Vorurteile.

Wer sind die Unterzeichner Ihres Appells? Viele forschen im Bereich Banken. Es gibt etliche Schwergewichte wie etwa Martin Hellwig, aber auch jüngere Professoren, die sich mit Makroökonomie, Banken und Finanzmärkten beschäftigen. Viele fühlten sich gezwungen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Eigentlich sind wir nicht überzeugt, dass Wissenschaftler Debatten über Aufrufe austragen sollten.

Was versprechen Sie sich von einer Bankenunion in Europa? Deutschland kann es sich nicht leisten, die Währungsunion auseinanderfallen zu lassen. Dafür muss Deutschland einen Preis bezahlen und im Gegenzug maxi-



Hoffmann plädiert für eine Bankenunion.

male Strukturreformen einfordern. Eine Fiskalunion ist weit entfernt; dagegen ist eine Bankenunion zwar auch kompliziert, aber im Vergleich einfacher umzusetzen. Die Einrichtung einer Bankenunion würde helfen, die Verschränkung von Staatsschulden und Bankensystem aufzubrechen, die die Eurokrise antreibt. So fasst etwa ein italienischer Regulierer heute eine dortige Grossbank nicht hart an, da sie ein Hauptkäufer italienischer Staatspapiere ist. Eine unabhängige europäische Bankenaufsicht hätte diesen Interessenkonflikt nicht. Auch eine Gläubigerhaftung, um Eigenkapital für notleidende Banken aufzubringen, ist deswegen auf europäischer Ebene leichter umzusetzen.

Die Gegner einer Bankenunion bezweifeln den positiven Effekt europäischer Reformprojekte. Bisher wurden diese doch meist politisch verwässert. Ich verstehe eine gewisse Skepsis. Aber diese Skepsis müssen wir Politikern in einer Demokratie immer entgegenbringen, auch auf nationaler Ebene. Ich glaube, dass die jetzt angefeuerte Nord-Süd-Debatte nicht weiterführt. Die Deutschen haben keinen Grund, vom hohen Ross zu argumentieren. Das Debakel um die Landesbanken in Deutschland hat gezeigt, dass auch dort das Bankensystem nicht überaus stabil ist. Gerade Deutschland war mit Frankreich einer der Advokaten der Grossbanken gegen strengere Eigen-

Zur Person

Seit 2006 lehrt Mathias Hoffmann als Professor für internationalen Handel und Finanzen an der Universität Zürich. Zuvor war er Professor in Dortmund. Hoffmann promovierte am European University Institute in Florenz. In seinen aktuellen Forschungsprojekten beschäftigt er sich vor allem mit den Abhängigkeiten zwischen dem Finanzsystem und der wirtschaftlichen Entwicklung. So kam er etwa anhand der Beispiele Japan und USA zum Ergebnis, dass eine stärkere Integration des Bankensystems die Effekte eines wirtschaftlichen Abschwungs abmildern kann. Regional beschränkte Banken würden bei einer wirtschaftlichen Krise in ihrem Gebiet die Kreditversorgung einschränken und damit den Abwärtstrend der Wirtschaft noch beschleunigen. AT

kapitalrichtlinien. Ich halte es daher nicht für gerechtfertigt, europäischen Politikern grundsätzlich weniger Vertrauen entgegenzubringen als deutschen.

Aber es würde viele Jahre dauern, bis eine europäische Bankenaufsicht etabliert wäre. Ist es dafür nicht schon zu spät? Sicherlich werden neue Strukturen erst nach der Krise feststehen. Deswegen müssen in der Übergangsphase Steuergelder eingesetzt werden. Nun wurden den spanischen Banken schon Mittel zugesichert. Warum schafft man dann nicht auch Institutionen, um die Verwendung dieser Mittel zu kontrollieren? Es braucht den politischen Willen, eine europäische Bankenregulierung zu etablieren.

Warum wurde eine gemeinsame Bankenregulierung nicht früher angegangen? Die Deutschen haben den Ausbau der Europäische Bankenaufsicht EBA mitverzüglich. Wohl nicht nur, weil es um das Geld der Deutschen geht, sondern auch, dass ihr Bankensektor nicht solide ist – mit einer gefährlichen Verzahnung von Staats- und Bankfinanzen. Es gibt starke Partikularinteressen, die sich dagegen wehren, dass in Zukunft eher Gläubiger als Steuerzahler haften. Nun haben wir in Europa nationale Banken, die aber international agieren. Dadurch bleiben uns in einer Krise alle Nachteile, aber keine Vorteile der Integration: Wir haben bei einer Banken-

pleite die Ansteckungseffekte, aber keinen Mechanismus zur internationalen Abwicklung von Banken.

Können die USA ein Beispiel für eine gelungene Bankenregulierung sein? Die USA haben sicherlich eigene Probleme, die nicht ausgestanden sind. Aber obwohl der Etat von Kalifornien in schlimmerer Verfassung als der spanische ist, zeigt sich deswegen niemand speziell um kalifornische Banken besorgt oder erwartet, dass Kalifornien die Währungsunion USA verlassen muss. Dort gibt es nicht diese Urmarmung von Bundesstaaten und ihren jeweiligen Banken. In den Achtzigerjahren wurde das kleinteilige Bankensystem dereguliert. Pleiten von regionalen Banken haben die Teilstaaten gezwungen, die Eintrittsbarrieren aufzuheben. Die Forschung zeigt, dass dadurch auch die Schwankungen und regionalen Unterschiede des Wachstums in den USA zurückgingen – vor allem in Rezessionen.

Also erwarten Sie von einer tiefen europäischen Bankenintegration auch positive Wachstumseffekte? Ja, dieser Punkt ist mir sehr wichtig. In der Eurokrise haben wir eine Renationalisierung des Finanzsystems beobachtet. Wenn es einen glaubwürdigen Plan zu einer Bankenunion geben würde, könnte dieser

Die Deutschen sollten nicht vom hohen Ross argumentieren, die Banken sind auch dort nicht stabil.

Trend gestoppt werden. Die Liquiditätsbereitstellung der EZB kommt bei den Unternehmen nicht an, weil die Finanzinstitute in Südeuropa davon lieber Anleihen ihrer Staaten kaufen. Besonders die kleinen Firmen etwa in Griechenland und Spanien, die exportfähig wären und Arbeitsplätze schaffen könnten, bekommen keine Kredite mehr. Ein fragmentiertes Bankensystem verschärft die Krise durch die Abhängigkeit der lokalen Wirtschaft vom nationalen Kreditangebot. In Zukunft könnte dies auch deutschen Banken und deutschen Unternehmen schaden. Das wird leider nicht diskutiert.

INTERVIEW: ALEXANDER TRENTIN

Rettungsschirm ESM verzögert

30 Mrd. € für Spanien vorab

Was ein Treffen der Spitzenpolitiker der EU-Staaten wert ist, lesen Beobachter am Dollar-Euro-Wechselkurs oder an den Marktzinsen zehnjähriger spanischer Staatsanleihen ab. Nichts gutes verheissen ein schwächerer Euro und steigende spanische Zinsen – die sich spiegelverkehrt zum Kurs der Anleihen bewegen. Investoren haben den EU-Finanzministern, die sich am Montag und Dienstag zu Gesprächen in Brüssel trafen, nicht viel zuge-
traut. Spanische Bonos schlossen am Montag über 7%, das war in letzter Zeit nur einmal Anfang Juni der Fall gewesen, und davor seit 1997 nicht mehr.

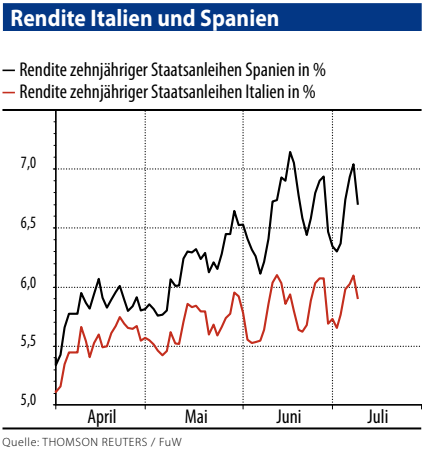
Nachdem bekannt worden war, dass die Eurozonenfinanzminister einer ersten Tranche für die Rekapitalisierung spanischer Banken im Umfang von 30 Mrd. € zugestimmt hatten, sanken die Renditen; die wenigen Anleger, die noch spanische Staatsanleihen handeln, signalisierten damit Zufriedenheit. Das könnte sich jedoch als zu optimistisch erweisen; es gibt Verzögerungen bei der Umsetzung der wesentlichen Beschlüsse des EU-Rats.

Da ist erstens die zentralisierte Bankaufsicht, ein Teil der angestrebten Bankenunion, die unter deutschsprachigen Ökonomen in den letzten Tagen so hitzig diskutiert worden ist (vgl. Interview links sowie Seite 2). Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble machte erneut klar: Erst wenn die zentrale Aufsicht geschaffen sei, werde es dem permanenten Stabilisierungsfonds ESM möglich sein, direkt Banken zu kapitalisieren. «Das geht nicht so schnell», sagte er nach dem Eurozonen-Gipfel. Der zuständige EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier arbeitet bereits an einem Konzept für die Aufsicht, die die Banken der Nicht-Euro-Länder nicht benachteiligen darf. Barnier versprach in Brüssel, bis Anfang September einen Vorschlag vorzulegen. Gemäss einem Bericht des «Wall Street Journal» sei vorgesehen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht der 25 grössten Banken übernehmen soll. Realistischerweise wird es also frühestens 2013 so weit sein, dass der ESM direkt ohne Umweg über die Staatsrechnung Gelder in Banken einschiess.

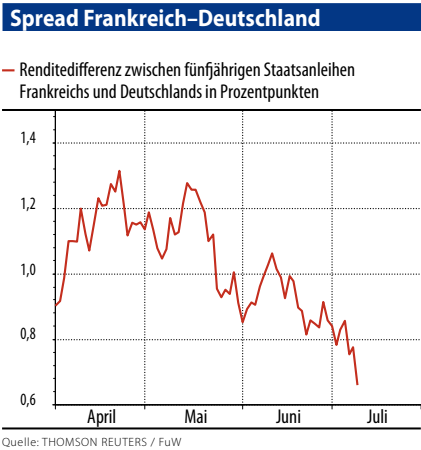
Nicht einmal der ESM selbst ist bereit, obwohl das Rettungsvehikel eigentlich per Juli hätte parat sein sollen. Das deutsche Parlament hat zwar die Zustimmung gegeben, doch prüft jetzt das Verfassungsgericht die Vereinbarkeit des ESM mit dem deutschen Gesetz. Italien hat den ESM auch noch nicht ratifiziert. CP, London

Zinsschritt- und Gipfeleuphorie sind schon verblasst

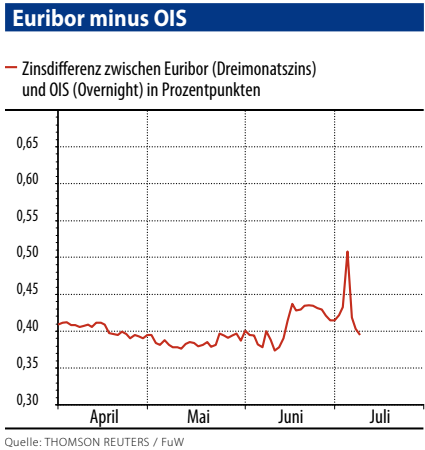
KRISENBAROMETER Unsere Übersicht der wichtigsten Indikatoren spiegelt die Stimmung in Euroland Änderung seit der letzten Ausgabe der «Finanz und Wirtschaft»: Verbesserung Stabilität Verschlechterung



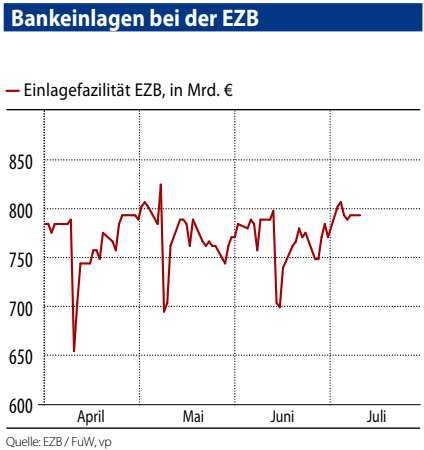
Die zehnjährigen Renditen Spaniens und Italiens bleiben zwar auf problematischen Höhen, sind aber von Freitag bis Dienstag minimal gesunken: von 6,87 auf 6,74% bzw. von 5,99 auf 5,92%. Gleichzeitig hat sich die Rendite der deutschen Benchmarkanleihe nur um gut einen Basispunkt (Bp) zurückgebildet, sodass per Saldo die Renditedifferenzen (Spreads) leicht abnehmen: im Falle Spaniens um 10 auf 543 Bp, im Falle Italiens um 6 auf 461 Bp.



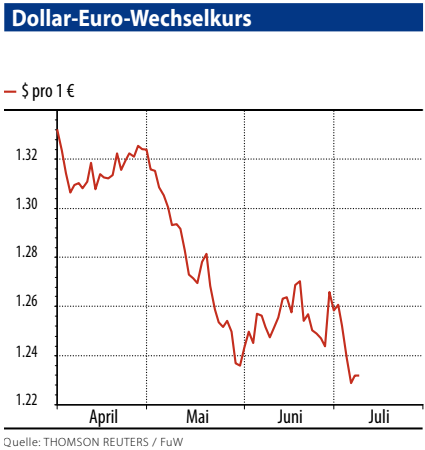
Die Renditen der fünfjährigen Staatsanleihen Deutschlands und Frankreichs haben seit Freitag minim zugelegt. Die Rendite fünfjähriger französischer Obligationen hielt sich über der Marke von 1%, auf 1,002% (nach 0,9921% am Freitag). Fünfjährige deutsche Staatsanleihen rentierten 0,338%, nach 0,337%. Die Renditedifferenz verringerte sich somit ebenfalls kaum: Sie sank um 1 auf 66 Basispunkte.



Der Interbankenmarkt hat sich leicht entspannt: Der Euribor-OIS-Spread handelte am Dienstag etwas tiefer auf 0,391 Prozentpunkten, nach 0,424 am Freitag. Der Dreimonatszins Euribor – er gilt als Referenzsatz für unbesicherte Eurokredite, die sich Banken untereinander gewähren – ist von 0,55% auf 0,52% zurückgegangen. Der als risikolos betrachtete Satz des OIS (Overnight Indexed Swap) stieg geringfügig auf 0,129%.



Die Banken der Eurozone halten mit 791 Mrd. € fast gleich viel liquide Mittel in der Einlagefazilität der Europäischen Zentralbank (EZB) wie am Freitag und 1,4% weniger als noch vor einer Woche. Die Höhe der über Nacht bei der EZB geparkten Gelder hat sich in den letzten Wochen wenig verändert, trotz Eurogipfel und Bankenrettung in Spanien. Im Vergleich zum Maximum von 828 Mrd. € am 5. März ist die Einlagefazilität mit einem Minus von 4,5% auch nur schwach gesunken.



Der Euro büsste seit vergangenem Freitag gegenüber dem Dollar 0,1% ein und notierte am Dienstag 1.2278 \$/€. Die Einheitswährung entwickelte sich somit seit Wochenbeginn stabil. Trotzdem: Der Euro notiert gegenüber dem Greenback auf einem rund zweijährigen Tief. Allein vergangene Woche büsste er 2,3% ein. Die durchgezogenen Wachstumsaussichten für die europäische Wirtschaft und die Schuldenkrise belasten den Euro konstant.